



Die Finanztransaktionssteuer: ein steiniger Weg

Ratspräsidentschaft informiert das Europäische Parlament

Am 18.01.2017 informierten die Maltesische Ratspräsidentschaft und die Europäische Kommission das Plenum des Europäischen Parlaments auf dessen Veranlassung über den aktuellen Stand über die Verhandlungen zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS) im Wege der verstärkten Zusammenarbeit.

Zur Erinnerung: Die Debatte um die Einführung einer FTS in Europa begann im Jahr 2011. Der Vorschlag vom 28.09.2011 (damals im Kreis der EU-27) zielte bereits damals darauf ab, die Finanzbranche angemessen an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen, eine Fragmentierung des Binnenmarktes zu vermeiden und geeignete negative Anreize für Transaktionen zu schaffen, die der Effizienz der Finanzmärkte nicht förderlich sind. Da eine Einigung im Kreis aller Mitgliedstaaten nicht erreicht werden konnte, schlug die Europäische Kommission am 14.02.2013 auf Antrag von (damals noch) elf Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Spanien) die Einführung im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit vor. Die Republik Estland hatte allerdings am 16.03.2016 die Formalitäten für die Beendigung ihrer Teilnahme an der Verstärkten Zusammenarbeit abgeschlossen. Für eine verstärkte Zusammenarbeit werden mindestens neun Mitgliedstaaten benötigt.

Auf diversen Tagungen des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), der Hochrangigen Gruppe Steuern und auf Arbeitsebene im Kreis der zehn Mitgliedstaaten sowie (seltener) in der offiziellen 28er Runde wurde das Dossier seitdem mehrfach erörtert. Der Beratungsprozess innerhalb der verbleibenden zehn Mitgliedstaaten erstreckt sich derzeit im Wesentlichen auf die Bestandteile („Bausteine“) der FTS und die Zusammenfügung der Bausteine zu möglichen FTS Modellen. Auch hinsichtlich der Kosteneffizienz der Erhebung einer FTS wird in der Gruppe beraten. Der Bericht des ECOFIN an den Europäischen Rat vom 12.12.2016 stellte zuletzt fest, dass es

angesichts der Sachlage weiterer Arbeiten im Rat und in seinen Vorbereitungsgremien bedürfe, bevor unter den an der Verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten eine endgültige Einigung erzielt werden könne.

Im Europäischen Parlament stellte die maltesische Ratspräsidentschaft (Staatssekretär Ian Borg) den Verhandlungsstand vor. Malta ist zwar nicht Mitglied in der Gruppe der zehn, will jedoch eigenen Aussagen zufolge die Verhandlungen dennoch weiterführen. Als prioritär führt Malta das Dossier allerdings in seinem Programm nicht namentlich auf. Nach der Aussage von Borg soll eine Einigung der Gruppe auch die Interessen der Mitgliedstaaten, welche nicht an der Verstärkten Zusammenarbeit teilnehmen, respektieren. In den kommenden Monaten könne „möglicherweise schon ein erster Text“ vorgelegt werden. Er betonte, dass weitere Verhandlungen nötig seien. Kommissarin Marianne Thyssen, zuständig für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, stellte für die Kommission nochmals die Hauptziele der Einführung einer FTS dar. Der Binnenmarkt solle die durch Harmonisierung nationaler Regelungen gestärkt werden (Anm.: in einigen Mitgliedstaaten gibt es bereits eine nationale FTS). Es sei sicherzustellen, dass der Finanzsektor einen fairen Beitrag zu den öffentlichen Einnahmen leiste. Schließlich solle die Unterstützung regulatorischer Maßnahmen, die den Finanzsektor zu verantwortungsvollen Aktivitäten anregen soll, auch der Realwirtschaft dienen. Sie gehe davon aus, dass Mitte dieses Jahres ein Text vereinbart werden könne.

Die Einführung einer FTS ist auch bei den Mitgliedern des EP heftig umstritten. In der anschließenden Aussprache sprachen sich Mitglieder der S&D geschlossen für die Einführung einer FTS aus. Eine FTS könne gefährliche Spekulationen einschränken und hohe Einnahmen generieren. In der EVP-Fraktion ist die FTS umstritten.

Die Verhandlungen dürften sich derzeit vor allem auf die Frage der Einbeziehung von Pensionsfonds erstrecken. Belgien lehnt die

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



Anwendung auf Pensionfonds grundsätzlich ab. Ob und wann tatsächlich mit einem erfolgreichen Abschluss der Arbeiten zu rechnen ist, kann nur spekulativ erörtert werden. Bundesfinanzminister Schäuble hatte nach dem letzten ECOFIN im Dezember am Ende der Pressekonferenz eine Aussage von „vielleicht nicht vor 2018“ getroffen.

Im Rahmen der zehn an der Verstärkten Zusammenarbeit beteiligten Mitgliedstaaten finden die Beratungen ohne Beteiligung des Vertreters des Bundesrates statt. Zugang haben neben den zehn Mitgliedstaaten nur die Ratsverwaltung und die Kommission. Ein neuer Termin für eine „offizielle“ Beratung auf

Ebene der 28 Mitgliedstaaten ist bislang nicht bekannt.

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation-financial-sector_de#prop

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/video?debate=1484766587035&streamingLanguage=de> Weiterführende Informationen:

http://www.eu2017.mt/en/Documents/NationalProgramme_EN.pdf